



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und
Beschäftigung
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin Elke Kessel

Wiesbaden, 03.07.2014

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung
am Mittwoch, 09. Juli 2014, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 14.05.2014
2. **14-F-33-0068**

Das Freihandelsabkommen TTIP stoppen - Kommunale Daseinsvorsorge schützen
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 21.05.2014 -

ANLAGE: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0222 vom 22.05.2014
3. **14-F-08-0037**

Das Freihandelsabkommen TTIP stoppen - Kommunale Daseinsvorsorge schützen
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 14.05.2014 -

ANLAGE: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0221 vom 22.05.2014

4. 14-F-33-0086

Konsequenzen der Neuregelung zum Asylbewerberleistungsgesetz
-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 02.07.2014-

Am 18. Juli 2012 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die bisherige Höhe der Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gegen das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum verstoßen und somit erhöht werden müssen. Der Hessische Städtetag verweist in seiner Presseinformation vom 19. Juli 2012 darauf, dass der Bund und das Land bereits nach der derzeitigen Regelung ihrer Finanzausstattungspflicht für die Kommunen nicht ausreichend nachkommen. So mussten in 2011 alleine die kreisfreien Städte in Hessen rund 10 Mio. Euro aus eigenen Mitteln aufwenden, ohne dass hier ein Ersatz durch Bund oder Land erfolgte.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung möge beschließen:

Der Magistrat gebeten, ggf. in nicht-öffentlicher Sitzung zu berichten

1. wie hoch der Verwaltungsaufwand der LHW für die Aufnahme und Unterbringung von jungen Menschen gemäß § 7 (2) Landesaufnahmegesetz (LAG) pro Jahr ist, der nicht durch das Land erstattet wird;
2. wie hoch die Kosten für die gesundheitliche Betreuung und Versorgung von Flüchtlingen gemäß § 7 (3) LAG pro Jahr sind, die je Person und Kalenderjahr den Betrag von 10.226 Euro übersteigen und somit nicht durch das Land erstattet werden;
3. wie viele Asylbewerber gemäß § 2 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) Leistungen in besonderen Fällen erhalten und wie lange diese Leistungen durchschnittlich gewährt werden;
4. wie hoch die Ausgaben gemäß § 6 AsylbLG sind, wie sie sich zusammensetzen und wie sich die Bestandteile seit der letzten Novellierung des LAG im Jahre 2008 entwickelt haben;
5. wie hoch der Anteil an Asylbewerbern ist, der in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht ist;
6. wie sich insgesamt die Ausgaben und die Erstattungen durch das Land in den Jahren seit 2008 entwickelt haben und wie der Magistrat die Entwicklung bis 2017 abschätzt;
7. welche Kosten der LHW dadurch entstehen, dass sie nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Vorleistung tritt bezüglich
 - a) der erhöhten Sätze seit 01.08.2012,
 - b) der nicht bestandskräftigen Bescheide rückwirkend bis zum 01.01.2011,
 - c) der sich abermals erhöhenden Sätze seit dem 01.01.2013,
8. bevor das Land die Vorleistungen erstattet (Verwaltungskosten, Zinsausfälle...); wie das Verfahren der Zuweisung von Asylbewerbern abläuft.

5. 14-F-05-0011

Finanzierungsmodelle Stadtmuseum
-Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 30.06.2014-

Für den Bau des neuen Stadtmuseums stehen der Landeshauptstadt Wiesbaden mehrere Optionen zur Verfügung. Neben dem von der OFB vorgeschlagenen Mietmodell, könnte sich die Stadt zusammen mit dem Investor auch dazu entschließen, Gebäude und Grundstück nach Errichtung von der OFB zurückzukaufen.

Bisher hat der Magistrat keinerlei Auskunft darüber gegeben, ob solche Modelle innerhalb der Stadtverwaltung geprüft wurden oder sogar mit der OFB besprochen worden sind.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, eine Synopse zwischen verschiedenen Finanzierungsmodellen für den Bau und die Unterhaltung des Gebäudes für das Stadtmuseum, insbesondere mit den Modellen

- Kauf nach Fertigstellung des Gebäudes
- Miet-Kauf-Modell
- Mietmodell mit Bauzuschuss der Landeshauptstadt Wiesbaden vorzulegen.

6. 14-F-08-0043

Sachstand freies WLAN in Wiesbaden
-Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 02.07.2014-

Im September 2013 wurde von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, Gespräche mit der Wall AG zu führen mit dem Ziel, ein kostenfreies WLAN auf zentralen Wiesbadener Plätzen bereit zu stellen.

Mittlerweile sind offenbar vergaberechtliche Probleme aufgetaucht, unter Umständen wäre sogar ein EU-weites Vergabefahren notwendig. Das alles bedeutet einen nicht unerheblichen Zeitverzug.

Neben der Zusammenarbeit mit der Wall AG wären auch andere Wege denkbar, das kostenfreie WLAN zu verwirklichen. Eine Unterstützung von Privatinitiativen, z.B. dem Freifunk e.V., oder eine Realisierung des Projektes durch die Stadt oder eine stadteneigene Gesellschaft wären solche Alternativen.

Ein Punkt, der im StvV-Beschluss leider übersehen wurde, ist das Rathaus selbst. Um im Stadtverordnetensitzungssaal bzw. im ganzen Rathaus ein kostenfreies WLAN anzubieten, sind zusätzliche technische Installationen im Rathaus notwendig. Die Kosten dafür müssten zuerst ermittelt werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. dem Ausschuss das bei der Kanzlei Görg beauftragte Gutachten zur Kenntnis zu geben;
2. den aktuellen Sachstand zu erläutern, insbesondere den Zeitplan und welche mögliche Alternativen geprüft werden;
3. zu ermitteln, mit welchen finanziellen Investitions- und Betriebskosten ein öffentliches, flächendeckendes und kostenloses WLAN-Angebot innerhalb des Rathauses zu verwirklichen wäre.

7. 14-F-33-0085

Sachstand Bedarfsanalyse nach dem StGH-Urteil
-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 22.05.2014-

Der Hessische Staatsgerichtshof hat in seinem Urteil vom 21. Mai 2013 den Kommunalen Finanzausgleich für Verfassungswidrig erklärt und den Gesetzgeber verpflichtet, die Höhe der zur kommunalen Aufgabenerfüllung erforderlichen Finanzmittel nachvollziehbar und realitätsgerecht zu ermitteln (vgl. S. 27 des Urteils).

Der Hessische Städtetag hat in seiner Urteilsanalyse vom 21. Oktober 2013 vermutet, zur Umsetzung des Urteils werde der Gesetzgeber eine Datenbank erstellen, in der sämtliche kommunale Aufgaben nach den Kriterien „übertragen“, „pflichtig“ beziehungsweise „freiwillig“ aufgelistet sind. Die Ergebnisse dieser Bedarfsanalyse werden vermutlich noch vor der Sommerpause vorgestellt werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

- a) nach Veröffentlichung der Ergebnisse dem Ausschuss über diese zu berichten,
- b) anhand des aktuellen Doppelhaushaltes die möglichen Auswirkungen auf die Finanzierung kommunaler Aufgaben darzustellen.

8. 14-F-33-0083

Einrichtung von Jugendberufsagenturen
-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 15.04.2014-

Die neue Bundesregierung will, laut Koalitionsvertrag, Jugendliche beim Übergang zwischen Schule und Beruf unterstützen. Dafür sollen „Jugendberufsagenturen“ gegründet werden. Diese sollen zentrale Anlaufstelle für Beratung, Vermittlung und Unterstützung von Jugendlichen unter 25 Jahren sein. Außerdem sollen dort die Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern II, III und VIII gebündelt werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- a) wie er die mögliche Einführung einer Jugendberufsagentur bewertet;
- b) wie sich eine Jugendberufsagentur, sollte sie in Wiesbaden eingeführt werden, auf die gegenwertige Förderlandschaft in unserer Stadt auswirken würde;
- c) ob er die Eingliederung bestehender Angebote wie zum Beispiel Job Navi oder Ausbildungsagentur bei der möglichen Etablierung einer Jugendberufsagentur in Wiesbaden als realistisch betrachtet;
- d) ob die Stadt bereit wäre, auf die vorhandenen Strukturen zu verzichten, sollte eine Jugendberufsagentur eingerichtet werden.

9. 14-F-33-0084

Carsharing in der Stadtverwaltung
-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 22.05.2014-

Derzeit erprobt die Stadt Frankfurt am Main in einem Pilotprojekt, inwiefern sich die Nutzung eines Carsharing-Konzepts in der städtischen Verwaltung bewährt. Statt zukünftig eigene Autos

zu kaufen oder zu leasen, sollen Fahrzeuge nach Bedarf beim Carsharing-Unternehmen Book-n-Drive ausgeliehen werden. Langfristig möchte die Stadt Frankfurt Kosten einsparen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1) wie viele Fahrzeuge aktuell im Eigentum der Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW) stehen und wie häufig diese genutzt werden;
- 2) ob und falls ja, wie viele dieser Fahrzeuge über welche Art besonderer Ausstattungen (automatische Klimaanlage, Navigationssystem, Multifunktionslenkrad u. dgl.) verfügen;
- 3) ob sich die Einführung eines Carsharingsystems vorteilhaft auf den Haushalt der LHW auswirken könnte;
- 4) welche Dienststellen / Fachbereiche sich für die Einführung eines solchen Carsharingsystems eignen.

10. 14-F-33-0031

Erlass de HMdIS zur kommunalen Haushaltskonsolidierung
-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 06.03.2014-

ANLAGE: Bericht des Magistrats (Dezernat VI) vom 09.05.2014

11. 14-F-33-0032

Klinikförderung mit jährlichen Pauschalen
-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 12.03.2014-

ANLAGE: Bericht des Magistrats (Dezernat VI) vom 28.04.2014

12. 13-F-33-0109

Ausbildungsplatzsituation 2013
-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 21.11.2013-

ANLAGE: Bericht des Magistrats (Dezernat III) vom 11.06.2014

13. 14-V-20-0038

DL 39/14-2

Gesamtabschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden zum 31.12.2012

14. Bericht des Stadtkämmerers zur aktuellen Haushaltssituation

15. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. **14-F-33-0040** **DL 37/14-1**
Bezahlbares Wohnen in Wiesbaden
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 26.03.2014

2. **14-F-33-0020** **DL 32/14-1**
Öffentlich geförderter Arbeitsmarkt
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 20.01.2014 -

3. **14-V-01-0004** **DL 34/14-3**
Einrichtung einer Stabsstelle Sauberes Wiesbaden

4. **14-V-05-0004** **DL 32/14-2**
Jahresabschluss 2013 - Deckung der Ausgaben für die Schulpatenaktion

5. **12-V-07-0021** **DL 34/14-1, 01/13-2**
Umsetzung Konzept Zentrale Hotline Sauberkeit

6. **14-V-10-0012** **DL 33/14-1**
Neubau Haus der Vereine Dotzheim - Ausführungsvorlage

7. **14-V-11-1012** **DL 33/14-2**
Mehrarbeit 37

8. **14-V-20-0026** **DL 32/14-3**
Investitionscontrolling 1. Quartal 2014

9. **14-V-20-0032** **DL 32/14-4**
Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.03.2014 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

10. 14-V-36-0003 DL 33/14-3

Tiefe Geothermie in Wiesbaden - Gemeinschaftsprojekt der Stadt Wiesbaden - Umweltamt und der ESWE Versorgungs AG

11. 14-V-37-0004 DL 38/14-3

Änderungssatzung über die Gebühren für den Rettungsdienst

12. 14-V-40-0013 DL 38/14-4

Grundschule Bierstadt; Einrichtung eines multifunktionalen Raumes wegen Erhöhung Zügigkeit zum Schuljahr 2014/2015 und Erweiterung Mensa und Küche

13. 14-V-40-0014 DL 39/14-3, 38/14-5

Ausführungsvorlage Justus-von-Liebig-Schule; Ausbau wegen Mehrzügigkeit und Betreuung

14. 14-V-40-0016 DL 32/14-6

Ausführungsvorlage Adalbert-Stifter-Schule; Erweiterung für Betreuung und Mehrzügigkeit

15. 14-V-40-0025 DL 38/14-6

Fritz-Gansberg-Schule; Ausbau des Betreuungsangebotes

16. 14-V-41-0008 DL 38/14-7

Endgültiger Abschluss Internationale Maifestspiele 2013

17. 14-V-51-0015 DL 35/14-1

U3-Ausbauprogramm 48; Schaffung von 30 zusätzlichen Krippenplätzen und 20 Elementarplätzen in einer Kindertageseinrichtung der EVIM Bildung gGmbH in der Bleichstraße/Westend

18. 14-V-51-0016 DL 32/14-7

U3- Ausbauprogramm 48; Schaffung von 30 zusätzlichen Krippenplätzen und 60 Elementarplätzen in einer Kindertageseinrichtung der AWO in Dotzheim/Belzbachweg

19. 14-V-51-0018 **DL 32/14-8**

U3- Ausbauprogramm 48; Schaffung von 20 zusätzlichen Krippenplätzen in einer Kindertageseinrichtung der Fit For Family Care gGmbH in Bierstadt

20. 14-V-51-0019 **DL 32/14-9**

U3- Ausbauprogramm 48; Katholische Kindertagesstätte Sankt Gabriel, Einrichtung einer Containeranlage zur Auslagerung während der Bauphase

21. 14-V-51-0030 **DL 35/14-2**

Wiesbadener Geschäfts- und Eingliederungsbericht SGB II 2013

22. 14-V-52-0006 **DL 38/14-8**

Errichtung einer Mountain-Bike-Strecke in Wiesbaden für den Vereins- und Freizeitsport

23. 14-V-52-0009 **DL 38/14-9**

Instandhaltungs- und Investitionszuschüsse für vereinseigene Sportanlagen in 2014

24. 14-V-52-0010 **DL 38/14-10**

Zuschüsse für langlebige Sportgeräte, Verteilung der Haushaltsmittel 2014

25. 14-V-66-0203 **DL 36/14-3**

Elisabethenstraße - Wiesbaden-Delkenheim - Ausbau Radwegeverbindung

26. 14-V-66-0306 **DL 36/14-4**

B 263 (Mainzer Straße)-Abstufung autobahnparalleler Bundesstraßen zu Kreisstraßen

27. 14-V-66-0307 **DL 33/14-6**

Neubau einer Treppe zur Kreuzbergstraße im Zuge des Zick-Zack-Weges in Wiesbaden Sonnenberg

28. 14-V-66-0308 **DL 39/14-5, 37/14-4**

Wilfried-Ries-Straße - Mitfinanzierung nach der Grunderneuerung von Hessen Mobil

29. 14-V-70-0003 DL 37/14-6, 34/14-4

Einführung der getrennten Wertstoffeffassung in der LHW gemäß § 14 Abs. 1 KrWG

30. 14-V-70-0004 DL 34/14-5

Deponieabschnitt I - Ermittlung des Rohstoffpotentials der abgelagerten Abfälle und Erstellung eines Konzeptes zur Rückgewinnung der Rohstoffe und zur Weiternutzung der frei werdenden Flächen - Abschlussbericht der Universität Gießen vom 22.04.2014

31. 14-V-80-8004 DL 38/14-11

Fortsetzung Beschäftigungsprojekt Spielplatzbetreuung 2015 und 2016

32. 14-V-80-8005 DL 36/14-5

Finanzierung einer Konzeptmaßnahme für unter 25-jährige im BITZ der WJW

Nicht öffentliche Beratung:

33. 14-V-20-0035 DL 32/14-1 NÖ

Abschluss eines Strom- und Gaskonzessionsvertrags

34. 14-V-20-0036 DL 32/14-2 NÖ

Berichterstattung zur Nassauischen Sparkasse 2013

35. 14-V-20-0042 DL 38/14-1 NÖ, 41/14-1 NÖ

Neuordnung der Verkehrsbetriebe

36. 14-V-41-0001 DL 32/14-5 NÖ

Erbbaurechtsvertrag Wasserturm Schlachthof

37. 14-V-63-0012 DL 32/14-6 NÖ

Zuschüsse der LHW zur Unterstützung privater Denkmalpflege-Projekte in Wiesbaden

38. 14-V-80-2316 **DL 33/14-2 NÖ**

Verzeichnis der vom 1. Januar 2014 bis 31. März 2014 genehmigten Grundstücksvorlagen

39. 14-V-80-2314 **DL 32/14-7 NÖ**

Grundstückserwerb im Rahmen eines Vorkaufsrechtes Gemarkung Nordenstadt,
- Vertragliche Anpassung einer Nachzahlungsklausel -

40. 14-V-80-2315 **DL 39/14-2 NÖ, 38/14-4 NÖ**

Ankauf von Grundstücken

41. 14-V-80-2318 **DL 39/14-3 NÖ**

Wiesbaden-Biebrich, - ehem. Zollamt und Zollspeicher -
Erklärung zum Kaufvertrag

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Horschler
Vorsitzender